

**7555/J XXVII. GP**

Eingelangt am 23.07.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

## Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen  
an die Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt  
betreffend Überwachung von Österreicher\_innen durch Spionageprogramme  
wie Pegasus**

Seit wenigen Tagen ist bekannt, dass eine Vielzahl an Presseleuten, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Oppositionsmitgliedern weltweit Opfer missbräuchlicher Spähangriffe durch Geheimdienste und Polizeibehörden geworden sind. Genutzt wurde dazu ein Überwachungsprogramm des israelischen Unternehmens NSO Group namens Pegasus. Die Recherchen eines Journalistenkonsortiums unter der Führung der französischen Organisation Forbidden Stories ergaben, dass seit 2016 insgesamt mehr als 50.000 Telefone von Journalist\_innen, Aktivist\_innen und Oppositionellen mit Hilfe dieses Spionageprogramms überwacht worden sein könnten, obwohl Pegasus ursprünglich dem Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität dienen sollte. Behörden hatten mit Hilfe von Pegasus Zugriff auf Telefonate sowie verschlüsselte Nachrichten der Betroffenen (19.6.2021, [orf.at](#)).

Auch die Telefonnummer eines Österreichers, der in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) arbeitet, war laut Medienberichten unter den 50.000 geleakten Datensätzen (21.6.2021, [derstandard.at](#)).

Doch nicht nur außerhalb der EU wurden EU-Bürger\_innen Opfer der Spähangriffe. Auch innerhalb der EU soll Pegasus zum Einsatz gekommen sein. In Ungarn soll es laut der Recherche Gruppe mehr als 300 Überwachungsziele - darunter Journalist\_innen und Regierungskritiker\_innen - gegeben haben. Nachdem nun bekannt wurde, dass Ungarn die Cyberwaffe Pegasus zur Überwachung von kritischen Journalist\_innen und Oppositionellen genutzt haben könnte, wird eine diesbezügliche Debatte innerhalb der EU notwendig sein (18.7.2021, [zeit.de](#)).

Die unternutzten Abgeordneten stellen daher folgende

### Anfrage:

1. Wusste Ihr Ministerium vor Veröffentlichung der über 50.000 Telefonnummern auf der Pegasus-Überwachungsliste davon, dass auch ein Österreicher auf dieser Liste steht?
  - a. Wenn ja, warum wurde nichts dagegen unternommen?

2. Welche Maßnahmen wurden von Ihrem Ministerium auf EU-Ebene bisher getroffen, um eine Überwachung österreichischer Bürger\_innen durch ausländische Spionageprogramme zu vermeiden?
3. Nach Bekanntwerden der Überwachung eines Österreichers durch das Spionageprogramm Pegasus: Wie wollen Sie die Überwachung von Bürger\_innen durch ausländische Spionageprogramme zukünftig verhindern?
4. Nach Bekanntwerden der Überwachung eines Österreichers durch das Spionageprogramm Pegasus: Sind weitere Maßnahmen auf EU-Ebene zum Schutz der Privatsphäre von Österreicherinnen und Österreichern in Zusammenhang mit Überwachungsprogrammen in Planung?
  - a. Wenn nein, weshalb nicht?
5. Nach Bekanntwerden des Einsatzes von Pegasus in Ungarn und somit innerhalb der EU: Welche Position bezieht Ihr Ministerium im Umgang mit dem Einsatz von Spionagesoftwares durch andere Staaten und im Speziellen durch EU-Mitgliedsstaaten?
6. Sind Sie mit Ihren Amtskolleg\_innen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten oder generell auf europäischer Ebene in Bezug auf den Einsatz von und den Umgang mit Spionageprogrammen wie Pegasus im Austausch?
  - a. Wenn ja, welche Position vertreten Sie dort?
  - b. Wenn ja, was ist der aktuelle Stand des Austauschs?
  - c. Wenn nein, ist ein solcher Austausch in Planung?
7. Steht/stand Ihr Ministerium in Bezug auf den Einsatz von Spionageprogrammen wie Pegasus im Austausch mit Ungarn?
  - a. Wenn ja, welcher Zweck wird mit diesem Austausch verfolgt?
  - b. Wenn ja, wie ist der aktuelle Stand des Austauschs?
  - c. Wenn nein, ist ein diesbezüglicher Austausch in Planung?